

Wie Europas Befreiungsschlag im grünen Silo-Denken stecken bleibt

Welt, 28.02.2025, Stefan Beutelsbacher, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus255545268/EU-Wirtschafts-Paket-Wie-Europas-Befreiungsschlag-im-gruenen-Silo-Denken-stecken-bleibt.html>

Die EU will für weniger Bürokratie und günstigere Energie sorgen. Doch die jetzt präsentierten Maßnahmen sind aus Sicht von Managern nicht der erhoffte Befreiungsschlag. Das könnte auch an tief verwurzelten Überzeugungen grüner Bedenkenträger liegen.

Beifall klingt anders. „Schritt in die richtige Richtung“ oder „wichtiges Signal“ – das war noch das größte Lob, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aus der Wirtschaft bekam, nachdem sie ihren großen Plan zur Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vorgestellt hatte.

Die Erwartungen waren hoch, sie mussten es auch sein. Denn die Weltwirtschaft schaltet um, weg vom Freihandel zu Zöllen. Staaten schließen machtpolitische Deals über Rohstoffe. Unter einer Flut subventionierter Waren aus China kollabieren hierzulande ganze Branchen.

Und Europa? Hat hohe Energiepreise und eine bizarre Bürokratie zu bieten. Deutschland, bislang wirtschaftliches Zugpferd des Kontinents, geht – historisch einmalig – ins dritte Jahr der Rezession.

Nun will die EU-Kommission gegenhalten. Sie präsentierte vier Maßnahmen – in Brüssel unter dem Namen Omnibus-Paket bekannt – zur Unterstützung der Wirtschaft.

Die Behörde will etwa für günstigere Energie sorgen, die Berichtspflichten für Unternehmen reduzieren und das umstrittene Lieferkettengesetz vereinfachen. Zudem sollen mehr klimafreundliche Technologien wie Windräder und Solarzellen in der EU hergestellt werden.

„Ich will das Wirtschaften wieder einfach machen in Europa“, sagte von der Leyen. „Das ist ihr nicht gelungen“, lautete das erste Urteil von Leonhard Birnbaum, Chef des wichtigsten Energiewende-Dienstleisters und Netzbetreibers E.on. Birnbaum und andere Manager halten das Omnibus-Paket nicht für den großen Befreiungsschlag, der nötig wäre, um Europas Misere zu beenden. Weder mit Blick auf den Bürokratie-Abbau noch auf die Senkung der Energiepreise. Grünes Silo-Denken, sagen Kritiker, sei der Grund dafür.

Industrie klagt über EU-Bürokratie

Die Industrie stöhnt seit Jahren über die Brüsseler Bürokratie. Eine unveröffentlichte Tabelle, die der Wirtschaftsrat der CDU kürzlich der EU-Kommission schickte, listet die Belastungen auf. Die Unternehmen beklagen etwa, dass sich viele europäische Gesetze überschneiden und Informationen drei- oder vierfach erfasst und gemeldet werden sollten. Oder dass sie neue Stellen allein für das Verfassen von Berichten schaffen müssten – Stellen, die dann für konkrete nachhaltige Projekte fehlten.

„Wir sehen im Omnibus-Paket ein wichtiges Signal, die Deregulierung auf EU-Ebene ernsthaft anzugehen“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Unternehmerverbands. „Wir unterstützen die EU-Kommission dabei, standhaft gegen erkennbare Widerstände von innen und außen zu bleiben und den Weg der Vereinfachung und des Abbaus von Regulierung konsequent weiterzugehen.“

Widerstände, wie Steiger andeutet, gibt es tatsächlich. Der neue Kurs der Kommission gefällt längst nicht allen. Viele Beamte der Behörde, so hört man in Brüssel, wehren sich gegen den Abbau von Öko-Regeln.

Auch Abgeordnete des EU-Parlaments äußern Kritik. „Wir brauchen Tempo bei der Dekarbonisierung Europas, aber keinen Totengräber für den Green Deal“, sagt Tiemo Wölken, ein Umweltpolitiker der SPD. Die neuen Maßnahmen dürften nicht als Alibi für allgemeine Deregulierung dienen.

Woran also liegt es, dass Brüssels Befreiungsschlag jetzt ausblieb? Birnbaum, der Chef von E.on, macht in der Politik den Ansatz aus, „die Wirtschaft über strafbewehrte und von NGOs einklagbare Berichtspflichten zu steuern.“ Damit lagere die Politik ureigene Staatsaufgaben schlicht aus – und verursache ungeheure Bürokratielasten und Klage-Risiken für Unternehmen.

In Brüssel und Berlin, so scheint es, kippt die Stimmung gegen NGOs, also „Nichtregierungsorganisationen“ aus dem Umwelt- und Klimabereich. CDU und CSU hatten nach ihrem Wahlsieg am Sonntag an die noch amtierende Regierung eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ gestellt. Sie enthielt 551 Fragen zur Finanzierung von Organisationen wie Omas gegen Rechts und BUND aus Steuermitteln.

Kritik an der Macht der NGOs

Auch in Brüssel kritisieren konservative Politiker die Macht der NGOs. Sie sollen, heißt es von der EVP, der auch CDU und CSU angehören, in den vergangenen Jahren Mittel aus der Kommission erhalten haben, um Abgeordnete des EU-Parlaments zu beeinflussen und Öko-Gesetze voranzutreiben. Die Rede ist von mehr als 15 Millionen Euro – am Ende Geld europäischer Steuerzahler.

All das, so scheint es, führt zu Maßnahmen wie dem Omnibus-Paket: zu Sammlungen hehrer Ziele und vager Versprechen, die Europas Industrie am Ende nicht wirklich helfen. So hört man etwa von deutschen Wirtschaftsverbänden, es sei „ein Märchen“, dass der neue „Aktionsplan für bezahlbare Energie“ der Kommission die Preise in Europa deutlich und nachhaltig senkt.

Tatsächlich ist der Aktionsplan von Altbekanntem geprägt. Die EU-Kommission will den Wechsel des Stromanbieters für Verbraucher erleichtern und Genehmigungsverfahren für Wind- und Solaranlagen beschleunigen. Die Industrie soll Anreize bekommen, „flexibel“ zu fertigen, also ihre Produktion nach dem Tagesangebot von Sonnen- und Windstrom auszurichten. Nichts Neues für Deutschland, wo dies alles längst eingeführt oder umgesetzt wird – und auch hier die Strompreise kaum drückt.

Die EU-Kommission kündigte zudem an, Stromlieferverträge zwischen Ökostrom-Produzenten und der Industrie künftig zu fördern. Mit solchen Verträgen, „Power

Purchase Agreements“ genannt, kurz PPA, kaufen sich Unternehmen etwa die gesamte Stromproduktion eines bestimmten Solar- oder Windparks für zehn oder 15 Jahre im Voraus zu einem Fixpreis.

Das garantiert Ökostrom-Investoren zwar eine sichere Finanzierung, falls es zum Ende der EEG-Vergütung kommt. Doch PPA sind kein Instrument, das Strom billiger macht. Verbraucher ohne Zugriff auf die komplexen Exklusiv-Verträge mit Grünstrom-Produzenten haben nichts davon.

Auch die „Erinnerung“ der Kommission, dass ja jeder EU-Mitgliedstaat frei darin sei, seine Energiesteuern zu senken, hilft angesichts leerer Staatshaushalte wenig. Abgesehen von einer angedachten Einkaufsgemeinschaft für verflüssigtes Erdgas, LNG, blendet das EU-Papier innovative Ideen zur Erhöhung des Energieangebots weitgehend aus.

Eine Befreiung der Wasserstoffproduktion von hemmender Regulierung, Gasförderung durch Fracking, Kohlenstoff-Abscheidung, Kernenergie – all das könnte die Preise tatsächlich senken, taucht aber nicht auf. **Der Aktionsplan der EU-Kommission scheint weiterhin vom Silo-Denken grüner Bedenkenträger in federführenden Referaten und Abteilungen bestimmt: Möglichkeiten werden anscheinend nur noch in engen Grenzen gesehen, die vom althergebrachten Misstrauen gegen Unternehmen, Wirtschaft und bestimmten Technologien gezogen werden.**

Der Plan der Behördenchefin Ursula von der Leyen, nach Jahren der Öko-Regulierung nun die Bedürfnisse der Wirtschaft in den Vordergrund zu rücken, droht am ideologisch geprägten Beharrungsvermögen und an grünen Gewissheiten auf der zweiten und dritten Ebene zu scheitern.

Die Maßnahmen setzten wichtige Impulse, blieben aber in entscheidenden Punkten unzureichend, sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, Christian Seyfert. In Europa zahle die Industrie für Strom etwa zwei- bis dreimal, für Gas etwa drei- bis fünfmal so hohe Preise wie in den USA. Seyfert warnt: **„Die Energiekosten müssen drastisch auf ein international wettbewerbsfähiges Maß gesenkt werden, wenn wir nicht weitere Investitionen und Arbeitsplätze gefährden wollen.“**